

Gegenerzählungen?

Binnenperspektiven politisch inhaftierter Frauen in der DDR

Frank Beier

1. Einleitung

Die öffentliche Erinnerung an die ehemalige DDR ist nach wie vor ein kontroverses Thema, das insbesondere im Kontext einer angestrebten nationalen Einheit bzw. einer als bedrohlich wahrgenommenen gesellschaftlichen Spaltung diskutiert wird (Haag et al. 2017). Während die Transformationsforschung in den unmittelbaren Jahren nach der Wiedervereinigung vorrangig die in der DDR selbst formulierten umfassenden und holistischen staatssozialistischen Narrative zum Ausgangspunkt nahm und deren Verflechtung in fast allen gesellschaftlichen Bereichen vor allem totalitarismustheoretisch deutete (Meuschel 1992; Jesse 1995; Ottensmeier 1991), wurde zunehmend um eine soziologisch adäquatere Kategorisierung der DDR-Gesellschaft gerungen. Diese Einordnungen des Regimes, etwa als „durchherrschte Gesellschaft“ (Kocka 1994), „Organisationsgesellschaft“ (Pollack 1990), „Erziehungsstaat“ (Tenorth 1998) oder „Unrechtsstaat“ (Werkentin 1998; Behnke/Fuchs 1995; Mayer 1995), fokussierten vorrangig auf illegitime Herrschaftspraxen. Alltagspraktiken und soziale Aspekte des Lebens in der DDR rückten ab den 2000er Jahren verstärkt in den Fokus der Forschung. Zugleich stand jedoch immer wieder der Vorwurf einer sozialromantischen Verklärung im Raum – bekannt unter dem Schlagwort „Ostalgie“ (Blum 2000; Ahbe 2005) –, was insbesondere für Opfer des Repressionsapparates eine erhebliche Bürde bei der Aufarbeitung ihrer eigenen Geschichte bedeutete (Horvay 2010).

Jüngere Debatten fokussieren zunehmend auf die gesellschaftlichen Auswirkungen politischer und medialer Erinnerungsarbeit und deren Einfluss auf kollektive Identitäten wie die der „Ostdeutschen“. Im Zentrum steht die Kritik an hegemonialen „Meistererzählungen“ (Sabrow 2011), die ein einseitiges Bild der DDR als illegitimes Unrechtsregime mit einer klaren Opfer-Täter-Zuweisung prägen (Ahbe 2024; Benz 2025). Die „geschichtspolitische Privilegierung des Diktaturgedächtnisses“, so auch Saskia Handro (2014), fordere geradezu „Gegenerzählungen heraus, weil die Alltagserfahrungen Ostdeutscher unzureichend berücksichtigt, biografische Lebensleistungen nicht anerkannt, demokratische Aufbrüche des Ostens nivelliert und Transformationserfahrungen nach der Einheit ausgeblendet bzw. als Ressource unzureichend gewürdigt wurden.“ (ebd.: 23 f.). Auch Pamela Heß (2016) kritisiert das weitgehend standardisierte öffentliche Erinnerungsbild und plädiert für eine differenzierte Erinnerungskultur, in der zwar der Grundkonsens über die Diktatur der DDR bestehen bleibt, aber zugleich vielfältige lebensgeschichtliche Erfahrungen anerkannt und integriert werden.

Eine solche Dekonstruktion von großen Erzählungen führe, so bereits Mary Fullbrook (2004), zu großem Zuspruch bei all denjenigen, die marginalisierte historische